

Die Synode und ihr Kirchenbild

Die Meinung, institutionelle Reformen könnten eine geistige Erneuerung bewirken, oder jede Veränderung, jedes Infragestellen des Bestehenden bedeute einen „Fortschritt“ zum Besseren, wurde durch die Entwicklung der Nachkonzilszeit gründlich widerlegt. Was damals am Konzil so faszinierte und ihm eine unerwartete Resonanz verschaffte, war der in allen Einzeldiskussionen aufscheinende Wille zu einer Erneuerung der Kirche aus dem Geist ihres Ursprungs im Blick auf die Fragen und Aufgaben unserer Zeit. Heute, mehr als zehn Jahre nach Konzilsbeginn, genügt es nicht mehr, nur Reformen, Offenheit, Dialog zu wollen. Es ist soviel in Bewegung gekommen, daß diese rein formalen Kategorien nicht mehr ausreichen.

Die unter dem Zeichen der Durchführung und Anwendung des Konzils begonnene Gemeinsame Synode der deutschen Bistümer kann nur dann Gewicht und Bedeutung für die Kirche in unserem Land gewinnen, wenn es ihr gelingt, Orientierungspunkte für die künftige Entwicklung zu setzen, die mehr sind als nur allgemeine Bereitschaft zur Erneuerung und zum Wandel. Ob die Synode dies geleistet hat, läßt sich erst nach ihrem Abschluß beurteilen. Doch kann man schon heute in zahlreichen Einzelaussagen der Vorlagen und Diskussionen gewisse Tendenzen beobachten, denen man mehr Aufmerksamkeit schenken müßte, als es bisher geschah.

Diese Tendenzen deuten auf die Zielvorstellung einer Freiwilligkeitskirche hin, einer Kerngemeinde, die sich auf die Entschiedensten, auf die engagiert Glaubenden beschränkt. Die große Zahl derer, die sich nur partiell mit der Kirche identifizieren oder die mehr aus Gründen der Tradition als der persönlichen Entscheidung ihr angehören, hätte in einer solchen Kirche keinen Platz. Maßstab der Zugehörigkeit zu dieser Entscheidungskirche scheint weniger das Bekenntnis zu den Glaubenssätzen als die Glaubenspraxis und die Teilnahme am Leben der Gemeinde zu sein. „Freiwilligkeitskirche“, „Entscheidungskirche“ statt „Volkskirche“, Vorrang der Praxis vor der Theorie, der Orthopraxis vor der Orthodoxie, der Glaubenserfahrung vor dem satzhaften Glaubensbekenntnis, des Handelns vor der Lehre, mit solchen Formeln kann man das Kirchenbild umschreiben, das etwa in den Debatten über die Firmung, vor allem das Firmalter, oder über die ökumenische Frage sichtbar wurde. Die Formeln selbst wurden selten oder nie gebraucht. Meist handelt es sich nicht um reflektierte, ausdrücklich formulierte Thesen, sondern um wenig artikulierte, nicht in allen Konsequenzen durchdachte, deswegen nicht sehr klar definierbare Vorstellungen. Man weiß auch nicht, wie stark die Gruppe ist, die einem solchen Konzept zuneigt.

Es geht aber hier um Grundsatzfragen von erheblicher Tragweite. Die Option für eine „Freiwilligkeitskirche“ würde den Beginn einer neuen Epoche in der Geschichte der Kirche markieren. Die Entwicklung zur „Volkskirche“, wie man es heute nennt,

begann nicht erst bei Konstantin im vierten Jahrhundert, sondern hat ihre Wurzeln in der Urkirche. Schon von den ersten Generationen an war die Kirche „Volkskirche“ in dem Sinn, daß man durch die Kindertaufe in sie „hineingeboren“ wurde und daß es unter ihren Mitgliedern stets fließende Übergänge von enger zu lockerer Bindung an sie gab. Wenn man von dieser Geschichte Abschied nehmen und unter Berufung auf das Neue Testament einen Neuanfang versuchen will, dann ist dies eine zu schwerwiegende Entscheidung, als daß sie gleichsam en passant, unter dem Deckmantel anderer Themen vollzogen werden könnte.

Selbstverständlich kann eine Synode der deutschen Bistümer nicht das Steuer der Kirchengeschichte herumwerfen. Das wäre eine groteske Überschätzung des Stellenwerts dieser Versammlung. Aber da unabhängig von der Synode die Idee einer „Entscheidungskirche“ in der theologischen und publizistischen Diskussion wachsende Zustimmung findet, haben die Entscheidungen der Synode Gewicht. Es ist von nicht geringer Bedeutung, ob die Synode diesem Trend folgt oder ob sie sich ihm widersetzt. Daher müßten diese Grundprobleme offen diskutiert werden. Sonst läuft die Synode Gefahr, daß sie Beschlüsse faßt, deren Voraussetzungen sie nicht geprüft hat, daß sie sich von einem Konzept leiten läßt, von dessen Tragweite sie sich nicht genügend Rechenschaft gibt.

Mit anderen Worten: Versteht sich die Synode als eine „Vorhut“ der Kirche, die entschlossen und ohne viel Rücksicht auf Widerstrebende in Neuland vorstößt? Oder will sie ein integrierendes, einheitsstiftendes Organ sein, dessen pastorale Sorge auch denen gilt, die man gemeinhin nicht zur „Elite“, zum „Kern“ der Kirche zählt? Die Umfrage unter den deutschen Katholiken hat gezeigt, daß diese Gruppe verhältnismäßig groß ist und daß sie in den religiösen Einstellungen und im praktischen Verhältnis zur Kirche nicht auf einen Nenner gebracht werden kann. Die etwas abschätzige Formulierung des Ökumene-Papiers von den Christen, die „nur am Überkommenen hängen“, trifft hier nicht. Es handelt sich um ein breites Spektrum, das eben die umfaßt, die in der „Volkskirche“ das „Volk“ bilden.

Das besagt nicht, daß die jeweilige Situation die Norm für das Handeln der Kirche zu sein hätte. Aber die Synode muß sich bewußt sein, daß die Kirche heute in volkskirchlichen Formen existiert und daß die Option für eine „Entscheidungskirche“ Bestehendes aufgibt zugunsten eines Ideals, das seine Bewährungsprobe erst noch bestehen muß.

Wolfgang Seibel SJ